

Abstimmungsempfehlung

Bern, 31. Januar 2013

AvenirSocial unterstützt den Bundesbeschluss über die Familienpolitik

Die Bedürfnisse der Familien haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Frauen sind heute besser ausgebildet, und viele sind erwerbstätig, weil sie dies so wollen oder aus finanziellen Gründen müssen. Tatsache ist aber auch, dass sich viele Frauen wegen der Kinderbetreuung aus dem Erwerbsleben zurückziehen oder keine Ausbildung machen. Ebenso verzichten viele Frauen zugunsten einer Berufstätigkeit oder einer Ausbildung auf Kinder.

Damit Familien überhaupt ihre Existenz sichern können, braucht es heute nebst dem Ausgleich der finanziellen Belastung, vermehrt Rahmenbedingungen, die den gewandelten Bedürfnissen der heutigen Zeit besser entsprechen. Insbesondere wird damit das zentrale Element einer zeitgemässen Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in die Bundesverfassung aufgenommen. Heute fehlen nach wie vor bis zu 120'000 Plätze für Kinder in familienergänzenden Angeboten. Der Verfassungsartikel ist somit ein erster Schritt zur gezielten Förderung von Familien.

Der Bund verfügt zwar bereits heute über ein gewisses Instrumentarium, um die kinderbedingten Mehrkosten teilweise auszugleichen. Zu nennen sind etwa die Familienbesteuerung, die Familienzulagen, der Mutterschaftsurlaub und gewisse sozialpolitische Massnahmen, wie z.B. die Prämienverbilligungen oder die Stipendien. Neu aber sollen Bund und Kantone die Vereinbarkeit fördern. Damit die Vätern und Müttern ihre Existenz sichern und Beruf und Familie unter einen Hut bringen können, müssen die Kantone zukünftig ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen wie Krippen, Mittagstische oder Kinderhorte zur Verfügung stellen. Im Speziellen wird damit den Frauen, die sich für Kinder entscheiden, die Erwerbstätigkeit ermöglicht bzw. vereinfacht.

AvenirSocial unterstützt den Bundesbeschluss über die Familienpolitik, welcher am 3. März 2013 zur Abstimmung kommt und empfiehlt seinen Mitgliedern JA zu stimmen.